

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ aller organisierten Brauereiarbeiter.

Sämtliche Briefe sind zu adressieren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an F. Kagerl; — Versammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg, sämtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1277. Redaktion: F. Krieg, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mt., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgepaltene Beilage 20 Pf.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Verltz, Christenburgerstraße 26. — Vorsitzender der Rechtschutz-Kommission: L. Stidel, Frankfurt a. M., Höhenstraße Nr. 32. Vorsitzender der Preis-Kommission: O. Brandt, Linden-Hannover, Mittelndstraße 20, 1. Etage.

Nr. 47.

Hannover, den 23. November 1900.

10. Jahrgang.

Kollegen, werbet unablässig und mit Ruhe und Ueberlegung neue Mitglieder! Ein jedes Mitglied muß Agitator sein!

Die Feinde der Arbeiter.

I.

Jedenfalls veranlaßt durch den Ausgang des Kongresses der christlichen Gewerkschaften und die auf demselben zu Tage getretenen vernünftigen Meinungen über den Zweck der Gewerkschaftsorganisationen und der anzuwendenden Mittel zum Zwecke, wurde im August d. J. in Fulda ein gemeinsames „Hirtenschreiben“ der preussischen Bischöfe vereinbart als Richtschnur für die Geistlichkeit, wie sie sich in Zukunft zu den christlichen Gewerkschafts-Organisationsbestrebungen zu verhalten habe, um die für den ferneren Einfluß der Geistlichkeit so gefährliche christliche Gewerkschafts-Organisationsbestrebungen, — die mit vollen Segeln in den „neutralen“ Hafen der interkonfessionellen Gewerkschaften und des Zusammengehens aller Arbeiter in wirtschaftlichen Fragen zu steuern scheint, — bei den christlichen katholischen Arbeitern in Mißkredit zu bringen, zu dämpfen und schließlich, wenn möglich, zu Boden zu drücken.

Die „Gefahr“ der Verwirklichung des Zusammengehens aller Arbeiter in wirtschaftlichen Fragen ist da, sie wird auch über die jetzt noch meistens theoretischen Erwägungen hinausgehen und greifbare Gestalt annehmen, und wenn dieses auch zum großen Vortheil der ganzen Arbeiterklasse ist, so fürchtet doch die katholische Geistlichkeit den Einfluß über die Arbeiter zu verlieren, deshalb das bischöfliche „Aufgebot“ zum Kampf gegen die Toleranz, zum Kampf gegen die erstrebte Einigkeit der Arbeiter, gegen die christlichen Gewerkschaften, die im Begriffe sind, sich zur Neutralität durchzumauern.

In dem „Hirtenschreiben“ wird die religiöse Grundlage der Vereine nachdrücklich gefordert und die Errichtung von farblosen sogenannten neutralen Verbänden verworfen. In Bezug auf diese heißt es: „Freilich will man nur das positive kirchliche Bekenntnis außer Acht lassen, dagegen den Glauben an Gott und die Anerkennung einer natürlichen, sittlichen und rechtlichen Ordnung als Norm für die wirtschaftlichen Bestrebungen anerkennen. Allein diese Norm entbehrt der Zuverlässigkeit und Bestimmtheit und vor Allem der Autorität.“ Deshalb wird die katholische Geistlichkeit in dem Hirtenschreiben aufgefodert, die Förderung der unter vollständigem Einfluß der Geistlichkeit stehenden katholischen Arbeitervereine sich angelegen sein zu lassen, wo das positive kirchliche Bekenntnis gewahrt wird. Demnach ist es also Meinung der Bischöfe, daß die Arbeiter je nach ihrem positiven kirchlichen, und was dann ja ganz selbstverständlich ist, auch je nach ihrem positiven politischen Bekenntnis sich organisieren müssen, denn was dem Arbeiter in der Frage der Religion recht sein soll, muß man ihm auch billigerweise in der Politik zugestehen, resp. dieses von ihm fordern, zumal es keiner langen Erörterung bedarf, welche von den beiden Fragen in Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse die wichtigere ist.

Daß diese Zerspaltung der Arbeiter einen ungeheuren Schaden für dieselben in dem Kampfe ums Dasein bedeutet, ist klar, sowie auch, daß die Bischöfe dieses wissen müssen, und wenn sie trotzdem durch das Hirtenschreiben diese Zerspaltung befürworten, so sollte man glauben, daß hier am allerwenigsten „kirchlich-positive“ Bedenken obgewaltet haben, in dem Bestreben, die Arbeiter zu schädigen, sondern daß sehr reale Momente: die einseitige Parteimahne für die Unternehmer, der Schutz des Geldsacks, die Haupttriebfeder bilden. Diese Ansicht haben auch sehr christliche Männer. Im „Vaterland“, einem bayerischen katholischen Blatt, schreibt kürzlich ein katholischer Autor, vermutlich ein Geistlicher:

Dennoch ist es nicht minder gewiß, daß auch das katholische Kirchenamt sich in den Dienst der Bourgeoisie hat stellen lassen und seine Aufgabe darin gesucht hat, für die Reichen einzutreten. Für diese: Heiligkeit und Unantastbarkeit des Geldsacks; für die Arbeiter: Sklavensumpfsinn mit der Anweisung auf das Himmelreich.

Die katholischen und protestantischen Geistlichen stellen es mit den Reichen, nur mit ihnen verkehrten sie, bei ihnen machten sie Besuche. Kamen sie je einmal in die Hütten der Armen, so war es, wenn so ein armer Proletarier

im Sterben lag. Dieser Thatsache kann nicht widersprochen werden.“

Anderer Ansichten als die Bischöfe des Hirtenschreibens entwickelte, auch Bischof v. Ketteler in einem Vortrag über die Arbeiterbewegung in Bezug auf die Nothwendigkeit der Organisationsform. Er führte Folgendes aus:

„Die Grundsätze der modernen Volkswirtschaft hatten die entgegengesetzte Wirkung bezüglich der Menschenkraft in dem Arbeiter und der Geldmacht in der Hand des Kapitalisten. Der Arbeiter mit seiner Kraft wurde isolirt, die Geldmacht dagegen wurde generalisirt. Der Arbeiterstand wurde in lauter vereinzelte Arbeiter aufgelöst, wo Jeder gänzlich ohnmächtig war; die Geldmacht vertheilte sich aber nicht in mäßige Kapitalanttheile, sondern im Gegentheil, sammelte sich zu immer größeren und übermäßigen Massen. Gegen diese Isolirung des Arbeiterstandes, gegen dieses Zerbrechen des Menschenkraft durch die Geldmacht ist nun in demselben England, von welchem das Verderben ausgegangen ist, der mächtige Antriebe zur Verbindung, zur Organisation der Arbeit gegeben worden. Von dort aus hat er sich dann über den ganzen Arbeiterstand, auch über Deutschland verbreitet. Und diese Richtung, die Arbeiter zu organisieren, um mit gemeinschaftlicher Anstrengung ihre Interessen und Rechte geltend zu machen, ist daher berechtigt und heilsam, ja selbst nothwendig, wenn der Arbeiterstand nicht ganz erdrückt werden soll von der Macht des zentralisirten Geldes.“

Der Unterschied in der Auffassung, was die Arbeiter in Organisationsangelegenheiten zu thun und zu lassen haben, ist auffallend. Bischof von Ketteler kommt auf Grund der hier entwickelten wirtschaftlichen Erkenntnis zu dem Resultat, daß der Arbeiterstand, um nicht ganz erdrückt zu werden, mit gemeinschaftlicher Anstrengung seine Interessen geltend zu machen hat, daß also die Arbeiter in wirtschaftlichen Fragen unbedingt unabhängig von konfessionellen Rücksichten sich in einer einheitlichen geschlossenen Organisation zusammenfinden müssen. Wer sich gegen ein solches geschlossenes Vorgehen ausspricht, ist auch nach Ketteler ein Gegner der Arbeiterfrage. Und die Bischöfe des Hirtenschreibens verlangen Isolirung nach positiv kirchlichem Bekenntnis, wollen die Arbeiter in Betreff der Vereine haben, in denen das positiv kirchliche Bekenntnis die Hauptrolle spielt und Anlaß zur Entfremdung der Arbeiter der verschiedenen positiv kirchlichen Bekenntnisse untereinander giebt, von Interessen und Rechten der Arbeiter keine Rede ist und sie in dieser Zerspaltung „von der Macht des zentralisirten Geldes erdrückt werden.“ Welche Auffassung die richtige und vernünftigste ist, wird den Arbeitern nicht schwer sein zu unterscheiden.

An Stelle der von den Bischöfen in Acht und Bann gehaltenen christlichen Gewerkschaften sollen „Fachabteilungen“ in den katholischen Arbeitervereinen gebildet werden und heißt es zur Begründung in Bezug auf diese in dem Hirtenschreiben:

„Diese Fachabteilungen in den Arbeitervereinen werden ihrer allgemeinen Verbreitung zugleich den Beweis liefern, daß es keiner religiös-neutralen Neuschöpfungen bedarf, um die materiellen Interessen der christlichen Arbeiterschaft zu verteidigen und zu fördern, sondern daß die katholischen Arbeitervereine befähigt und stark genug sind, neben der geistigen Wohlfahrt auch die materiellen Sonderinteressen ihrer Mitglieder zu vertreten.“

Wenn man das, was die katholischen Arbeitervereine bisher für die materiellen Standesinteressen ihrer Mitglieder“ gethan haben, als Maßstab für ihre Befähigung anlegt, dann ist ihre Fähigkeit und Stärke gleich Null. Theilweise ist der größte Theil der Mitglieder gar keine Arbeiter, und wie der Werth dieser „Arbeitervereine“ selbst von der interessirten Seite eingeschätzt wird, zeigen einzelne Beispiele. Der katholische Pfarrer Oberdörffer sagt von ihnen: „Die Zahl ihrer Mitglieder ist gering, den Kern der Arbeiterfrage haben wir nicht in ihnen... die sozialpolitische Bedeutung der Vereine ist gleich Null.“ Die katholische „Kölnische Volkszeitung“ bespricht sich über die „trägen Köpfe“ in den Arbeitervereinen, die höchstens zu haben sind, wenn es Krachl oder Klimbim giebt.“ Die katholische „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ schreibt in Bezug auf diese Arbeitervereine: „Es ist besser, mit einem kleinen Haufen zielbewußter Arbeiter praktisch zu arbeiten,

als sich durch das Schwergewicht einer großen indolenten Masse von praktischer Arbeit abhalten zu lassen.“ Diese Quellen müssen, ja wissen wie es steht und daß es so ist, ist nicht weiter zu ver wundern, sind doch aufklärende wirtschaftliche Fragen, wodurch die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Lage kommen und dadurch auch den Arbeitervereinen ein anderes Relief geben könnten, verpönt, und dieses wird so bleiben, auch wenn „Fachsektionen“ gegründet werden. Das Bestreben der Bischöfe erfährt aber dadurch eine helle Beleuchtung, wenn diesen Arbeitervereinen zu Liebe den christlichen Gewerkschaftsorganisationen der Krieg erklärt wird und zwar deshalb, weil diese anfangs um die wirtschaftlichen Verhältnisse zu kümmern und eine Verbesserung der Verhältnisse ihrer Mitglieder zu erstreben, wenn auch, wie es die eiserne Nothwendigkeit ergiebt, in Verbindung mit den freien Gewerkschaften. In den Arbeitervereinen regiert der Geistliche, das sagt Alles.

Noch scharfer spricht sich der Freiburger Erzbischof bei der Bekanntgabe des bischöflichen Hirtenschreibens an den Klerus seiner Erzdiözese gegen die christlichen Gewerkschaften und für die Arbeitervereine aus:

„Diese (die christl. Gew.-Beweg.) hat zwar anfangs durch das von ihr prädicirte nächste Ziel, und weil sie als „christlich“ sich bezeichnete, auch bei katholischen und geistlichen Arbeiterfreunden Eindruck gemacht und Hoffnungen erweckt. Allein schon jetzt hat es sich gezeigt, daß das Wort „christlich“ hier nur ein leerer Schall und ein Aushängeschild ist und daß die Bewegung mit unausbleiblicher Konsequenz nur der Sozialdemokratie zu Gute kommen kann, für die sie jene Kreise organisiert und vorbereitet, die einstweilen noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bleiben wollen. Die Verhandlungen ihres Delegirtentages in Frankfurt, die ja jede (positive) religiöse Grundlage ausgeschlossen und als zu erstrebendes Ziel die Vereinigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern proklamirten, sowie der Beifall, den die sozialdemokratische Presse diesen Verhandlungen und Bestrebungen spendete, lassen hierüber keinen Zweifel übrig.“ Und deshalb sollen alle katholischen Arbeiter, soweit es möglich ist, in den Arbeitervereinen gesammelt werden.

War schon das Hirtenschreiben für die Zentrumsblätter fatal und suchte man, so weit sich diese mit der Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften nicht einverstanden erklärten, bezw. nicht einverstanden erklären durften, zu beschönigen und zu deuten, um nicht die katholischen Arbeiter vor den Kopf zu stoßen, so benahm das „Begleitschreiben“ des Erzbischofs von Freiburg allen Zweifel und forderte, außerdem auch noch durch die Bezeichnung der Heuchelei, zu offenem Widerspruch seitens der christlichen Gewerkschaftsorganisationen heraus.

Wir beanspruchen für die Arbeiter dieselbe Freiheit und Unabhängigkeit in der Wahrung und Vertretung ihrer Standesinteressen, wie sie von kirchlicher Seite allen anderen Berufsständen ungeschmäleret eingeräumt und von diesen tatsächlich auch in Anspruch genommen wird; denn die katholischen Angehörigen des Arbeiterstandes verdienen in dieser Beziehung nicht weniger Vertrauen als ihre Glaubensgenossen und Mitarbeiter in anderen Ständen.“

So und ähnlich erklangen die Proteste der christlichen Vereine und Verbände. Unter diesen Umständen hielt es der Erzbischof von Freiburg für gerathen, einzulernen, „es wäre nicht so gemeint“, und auch das kirchliche Amtsblatt für die Diözese Fulda — allwo das Hirtenschreiben vereinbart worden — ließ sich zu der Erklärung herbei, daß das Hirtenschreiben nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war.

Auch die 12 000-Mark-Affäre war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, aber ein Glück war es, dort wie hier, daß die Arbeiter von dem geplanten Treiben Kenntniss erhielten, und wenn auch nachträglich erklärt wird, daß es nicht so gemeint war, so wissen die Arbeiter doch, daß danach gehandelt werden wird und daß sie dem sie schädigenden Treiben zu begegnen haben.

Noch nie, seit wir moderne wirtschaftliche Interessenorganisationen haben, hat die Geistlichkeit verlangt, daß für Unternehmerverbände als Voraussetzung das religiöse Bekenntnis zu gelten habe; noch nie hat

Die sich gegen neutrale Verbände des Unternehmertums ausgesprochen. In diesen sitzen Katholiken, Protestanten, Juden, Altheisten etc. zur Wahrnehmung ihrer Interessen beieinander, ganz ungehindert von irgend welchen religiösen Bedenken. Die preussischen Bischöfe schlagen also bei den Unternehmern die entgegengesetzte Taktik ein, wie bei den Arbeitern, d. h. sie stellen sich im wirtschaftlichen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit auf die Seite des Unternehmertums, da doch weit notwendiger als die Geschlossenheit des Unternehmertums die Einigkeit der Arbeiter ist, wenn sie überhaupt Erfolge erzielen und ihre verbesserungsbedürftige Lage verbessern wollen; das vertritt sich nicht mit einem wahrhaften Christentum. Wer den Arbeitern unter religiösen Vorwänden entgegentritt in dem Bestreben einer einheitlichen und gemeinsamen Organisation zwecks Verbesserung ihrer Lebenslage, der ist ein Gegner der Arbeiter.

Dass diese Erkenntnis immer mehr in die Arbeiter eindringt und sie ihre Gegner erkennen lässt, dazu hat das Hirtenschreiben bezw. die Maßnahmen der preussischen Bischöfe ihr gut Teil mit beigetragen. Die Einigkeit der Arbeiter bricht sich immer mehr Bahn, das werden auch die Bischöfe nicht verhindern — und die Arbeiter haben es wirklich auch notwendig, einig zu sein gegenüber den Unterdrückungsbestrebungen ihrer verblindeten Feinde: Regierung, Unternehmertum und Geistlichkeit. Die Arbeiter werden aus eigener Kraft ihre Aufgabe lösen und: Hände weg! für alle Diejenigen, welche sich ungerufen in die Angelegenheiten der Arbeiter mischen; den Nutzen derselben wollen sie doch nicht.

Korrespondenzen.

Sachsenburg. Am Sonntag, den 11. d. Mts., fand im Gasthaus zum „Stift“ unsere gut besuchte Monatsversammlung statt. 1. Zur Aufnahme meldeten sich drei Mann. 2. Den Bericht der letzten Kartellversammlung gab Vorsitzender Hochrein und erörterte die Angelegenheit, wie sie im Kartell von den Bräuern und Bierführern in der hiesigen Aktienbrauerei vorgetragen worden, und forderte alle Anwesenden auf, die Mißstände vorzubringen, damit von Seiten des Verbandes und des Gewerkschaftsartikels Schritte gethan werden könnten. Hierauf meldeten sich verschiedene Kollegen zum Wort, ebenso einige Gewerkschaftsmitglieder und besprachen die traurigen Zustände. Es wurde beschloffen, einen Brief an die Direktion der Bayer. Aktienbrauerei zu senden, in welchem auch die Machinationen unseres „Sozialistenstreffers“ und jetzigen Bundesagitatoren R. u. n. n. g. geschildert werden sollen. Sollte dieser Brief nichts fruchten, dann sieht sich das Gewerkschaftskartell veranlaßt, Schritte dagegen einzuleiten. — 3. Wie müssen wir uns organisieren? Hierzu sprach Vorsitzender Hochrein in genügender Weise und legte den noch fernstehenden Brauereiarbeitern ans Herz, sich zu organisieren, dann erst könne etwas Erpressliches geleistet werden. Bei Besprechung über ein Hinterredergewand wurde ein Komitee gewählt, welches die Sache regeln soll. Unter „Verschiedenes“ meldeten sich noch mehrere Mitglieder zum Wort, worauf dann der Vorsitzende um 1/5 Uhr die Versammlung schloß.

Angsburg. Am Sonntag, den 4. November, fand im „Wittelsbacher Hof“ eine öffentliche Versammlung der Brauer und Brauerei-Gehilfen statt, welche ziemlich gut besucht war. Als Referent war Kollege Weidner aus München erschienen. Auf der Tagesordnung stand: „Welches ist die beste Organisationsform für Brauereiarbeiter, um ihre Lage verbessern zu können?“ Der Referent entledigte sich seines Vortrages in gebieterischer Weise. Er führte in erster Linie an, wie die Organisation der Unternehmer in einer kurzen Zeitfrist sich vermehrt haben. Da in den Arbeiterkreisen die Einigkeit nicht vorhanden ist, so wie sie sein soll, so ist es dem Unternehmertum ein leichtes Spiel, die Arbeitszeit möglichst in der Höhe zu halten und die Löhne zu drücken. Dadurch, daß alle Lebensmittel, Brennmaterialien, Wohnungen und alle anderen Bedarfsartikel im Preise stets in die Höhe gehen, wird die Lage des Arbeiters eine kritische und der dümmste und gleichgültigste Mensch muß unbedingt zu denken anfangen und sich sagen: „Ja, so geht es nicht weiter, wir werden dem Elend und dem Hunger preisgegeben, wenn wir uns nicht selbst helfen.“ Sodann stellte der Referent die Frage: „Was ist ein Lohnarbeiter?“ Der Arbeiter, der durch seiner Hände Arbeitskraft, durch seinen Schwitz und seine Anstrengungen zu verdienen und zu leben sucht. Der Arbeitgeber ist derjenige, welcher die Arbeitskraft seines Arbeiters möglichst viel auszunutzen sucht, um ihn als ausgenutzten, hinreichenden, alten Proletarier dem Elend preiszugeben. Der Einzelne ist machtlos dem Unternehmertum gegenüber, daher schließen sich die einzelnen Arbeiterkategorien zusammen in ihren Verbänden und Gewerkschaften, um durch die Unternehmung einen Druck ausüben zu können. Und die beste Organisationsform ist die in der freien Gewerkschaft. Keine christliche oder kirchlich-dumme Organisation ist im Stande, dem Brauer zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen. Nach einigen kräftigen Rathsworten an die Versammelten, einmal richtig denken anfangen und sich ihrer Organisation, dem Brauerverbände, anzuschließen, schloß der Referent seinen Vortrag, mit spannender Aufmerksamkeit aufgenommenen Vortrag. Zu der Diskussion wurde nichts wesentlich Neues gebracht. In seinem Schlusswort forderte Kollege Weidner die Anwesenden noch auf, die Arbeiterpresse zu lesen und zu abonnieren, denn nur diese allein ist es, welche mächtig und unzweifelhaft die Interessen der Arbeiter vertritt und der Öffentlichkeit überbringt.

Berlin. Am Sonntag, den 11. November, fand in Goh's Sälen eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung statt. Kollege Richter gab einen Bericht über die Tätigkeit der Arbeiter-Kommission. Er sagte aus: Die Kommission, die nun schon über ein Jahr besteht, habe den ihr z. Z. gegebenen Auftrag, Verbesserungen in unserer Lage und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, zu erfüllen gesucht. Das Beste dabei besteht, sei auch von den Arbeitgebern anerkannt worden. Ueber die in der Versammlung vom 22. Januar angelegten Forderungen seien jetzt dem Bericht der Brauereiarbeiter bekannt worden. In einer Sitzung von Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeiter-Kommission und Mitgliedern des Bundes-Berlins seien die bekannten „Berliner Forderungen“ aufgestellt worden, welche auch alsdann in dem Jahres-Bericht des Bundes der Brauereiarbeiter als in der öffentlichen Versammlung vom 8. April anerkannt wurden. Mit den rüch-freien Brauereiarbeitern habe es schwerer gehalten, diesbezügliche Verhandlungen der „Berliner Forderungen“ zu bewegen. Besonders sei es nur noch der Punkt „Arbeitsnachweise“, der uns für die rüch-freien Brauereiarbeiter weitere Schritte notwendig macht. Das aber, so hätte Jeder weiter aus, während wir von der Frage: „Werden auch die Brauereiarbeiter über ein eingeleitet?“ und da sei uns noch keine Antwort von mehreren Kollegen mitgeteilt worden, daß es damit in vielen Brauereien

hapert. Es gäbe noch Brauereien, wo die Sonntagsarbeit noch nicht bezahlt und die Arbeitszeit ausgedehnt sei, wo es noch keine Maschinen, geschweige denn Dampfeinrichtung gebe, kein Aufschub bestehe, Sonntags-Arbeit mit 25 Pf. bezahlt würde und dergleichen mehr. Deshalb ermahnte der Redner zum Schluß die Kollegen, sich überall zu regen, damit die bestehenden Mißstände abgeschafft würden. In der Diskussion wurden noch von mehreren Kollegen die Mißstände in einzelnen Brauereien zur Sprache gebracht. Alsdann gab Gohapp die Abrechnung der Kommission bekannt, die mit einem Defizit von 41 Mk. abschloß. Hierauf wurde in einer Resolution der Kommission Entlassung erteilt, doch solle den Mitgliedern derselben noch die öffentliche Vertretung bis zur Wahl einer gemeinsamen Kommission obliegen. Eine weitere Resolution erucht den Zweigverein der Brauer, Fragebogen auszugeben, um zu erfahren, wo die Vereinbarungen nicht eingehalten werden, und das hierzu benötigte Geld, sowie auch das zur Deckung des Defizits durch Sammellisten zu erheben. Mit einem kräftigen Schlusswort, daß alle daran mitwirken müßten, um unsere Zahlstelle, die wieder über 400 Mitglieder zähle, auf die alte Höhe zu bringen, schloß Kollege Tröger die Versammlung.

Darmstadt. Am Sonntag, den 4. November, tagte im Saale der Brauerei „Zum grünen Land“ eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage im Braugewerbe und die Verbesserung durch die Organisation.“ Referent war Kollege Bauer aus Hannover und wurde dessen 1 1/2 stündiger Vortrag, in welchem er auf alle Einzelheiten im Braugewerbe hinwies, mit lebhaftem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen und wurden die Verhältnisse in den hiesigen Brauereien einer scharfen Kritik unterzogen; denn während sich die Verhältnisse in einigen Brauereien gebessert haben und daselbst jetzt die 10 stündige Arbeitszeit, geregelte Minimallohne, sowie das Einhalten der gesetzlichen Sonntagsruhe eingeführt ist, haben sich dieselben in anderen, auch hiesigen Brauereien verschlechtert. Namentlich sind es die zwei größten Brauereien, die darin am meisten leiden. So wurde zwischen der Brauerei Ditzinger und den dort beschäftigten Bräuern ein Minimallohn von wöchentlich 25 Mk. festgesetzt, während ein halbes Jahr später ein Lohn für die frisch Eingestellten von nur 95 Mark monatlich bezahlt wurde, und von einer späteren Verbesserung ist uns bisher nichts bekannt. Der betreffende Herr motivierte sein damaliges Vorgehen damit, daß er es nur denen schuldig ist, mit denen es vereinbart wurde. Wie sich da die Kollegen bei den theneren Verhältnissen hier stellen, kann man sich denken, zumal dieselben keine Extrabergütung für Auswärtsfahrten erhalten; und das bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden und noch darüber. Die gesetzliche Sonntagsruhe wird auch nicht innegehalten. In der Brauerei Gebr. Wiener wurde auch Klage geführt über zu lange Arbeitszeit, sowie über das grenzenlose Uebelthun der gesetzlichen Sonntagsruhe, namentlich in der Mälzerei, wo jeden Sonntag 6 bis 8 Stunden gearbeitet wird und auch noch darüber, ohne daß der dritte Sonntag freigegeben wird und ohne jede Extrabergütung. In der Brauerei L. Geß wird noch ein Monatslohn von 78 bis 80 Mk. bezahlt, überhaupt ist dort Alles verbesserungsbedürftig. Ferner wurde im Anschluß an die Kritik über die verschiedenen Brauereien auch das Verhalten vieler hier beschäftigter Kollegen scharf getadelt, da nur diese dafür verantwortlich zu machen sind, daß noch solche Zustände hier in Darmstadt vorhanden sind, unter denen auch die Kollegen zu leiden haben. Es zeigte sich auch in dem Besuch der betreffenden Versammlung die Interesslosigkeit der betreffenden Kollegen, da diese trotz reger Agitation nicht erschienen waren und wäre es an der Zeit, daß die Kollegen zur Einsicht kommen würden und sich dem Verband anschließen, es würde für sie wie auch für Andere besser werden. Nachdem Kollege Bauer in seinem Schlusswort die Kollegen nochmals aufforderte, fest und treu zur Organisation zu halten, erfolgte mit einem kräftigen Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung Schluß der Versammlung.

Dresden. Sonnabend, den 3. November, fand eine Mitgliederversammlung des Fachvereins im kleinen Saale des Trianon mit folgender Tagesordnung statt: Die wirtschaftliche Lage in den Brauereien und Mälzfabriken; Nachwahl zum Kuratorium des Arbeitsnachweises; Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt hatte Kollege Winkler das Referat übernommen und erzielte für seine klaren und deutlichen Ausführungen lebhaften Beifall. Nach einer kurzen, lebhaften Debatte wurde unter Punkt 2 Kollege Kämpf einstimmig in das Kuratorium des Arbeitsnachweises gewählt. Im Gewerkschaftlichen wurden zunächst die Kollegen Oberländer, Herden-Sambrinus, Scherberfeldtschützchen, Kämpf-Unionbrauerei vorgeschlagen zur Vertreterwahl für die Ortskassentafel. Dann wurden die Mißstände der Bergschloßbrauerei in Pirna aufgedeckt. Von einer richtigen Sonntagsruhe ist dort noch keine Rede. Jeden zweiten Sonntag müssen 3 Mann bis zu 15 Hausen müssen. Auch denselben Lohn zahlt sie noch nicht, wie in Dresden, und wird über unregelmäßige Arbeitszeit geklagt. Die Angelegenheit der Gumbrechtsbrauerei ist auch noch nicht erledigt und soll nochmals mit dem Braumeister unterhandelt werden. Dann las der Vorsitzende noch ein Schreiben des Syndikus des Brauer-Ringes, Rechtsanwalts Dr. Thamm, vor, betreffend die Unterhandlungen wegen Abschaffung der 7. Nachtarbeit und der 18 stündigen Arbeitszeit. Es wurde mitgeteilt, daß die 7. Nachtarbeit im Ganzen und die 18 stündige Arbeitszeit in der Mälzerei des Hofbrauhauses nunmehr abgeschafft worden wären. Getadelt wurde der schlechte Versammlungsbesuch, besonders der Kollegen vom Felsenkeller, Reifewitz, und der Kellerburschen des Hofbrauhauses. Man sieht immer nur ein und dieselben Besucher, höchstens ein paar neu aufgenommene Mitglieder. Aber da gehen eben Konzerte und alle möglichen Anstöße vor, in die Versammlungen wird immer seltener gegangen und schließlich der Organisation ganz und gar der Rücken gekehrt. In der Meinung, sie wäre garnicht notwendig. Ist es doch vorgekommen, daß Mälzer im Felsenkeller ihren Vorkurs als Heber und Aufwiegler hingestellt haben. Es wird auch noch die Zeit kommen, wo sie es einsehen werden, wie sehr sie sich durch diese unsolidarische Handlungsweise in das eigene Fleisch schneiden. Auch der Eigenbräuer vom Hofbrauhaus, Urban, früher ein eifriges Verbandsmitglied, scheint sich seit er auf der Brauerschule war, sehr gelindert zu haben. Er sagt durch schneidiges Auftreten den Mälzern zu imponieren und wirft mit Schneidbannern, wie Wasserweiber, herum. Der frühere Eigenbräuer, Wendt, hat die Mälzer schon genug gelehrt, der jetzige soll es noch viel schärfer machen.

Elberfeld. Sonnabend, den 10. November, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung bei Stadl statt. Nach Erledigung des ersten Punktes, Aufnahme neuer Mitglieder, legte Kollege Ritz die Abrechnung vom Herbstberichts vor, welche einen Ueberschuß von 87,65 Mk. ergab. Dasselbe war von den Kommissionsmitgliedern geprüft und Alles für richtig befunden, worauf dem Kassier Decharge erteilt wurde. Die 87,65 Mk. wurden folgendermaßen verteilt: Die Hälfte erhielt die Zahlstelle Karren, 10 Mk. Kollege R. (bei der Ferienkolonie) als Beihilfsmitglied, der Rest wurde der Kassentafel überlassen. Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde vom Kassier Kollegen Kroll vorgelegt, welche ebenfalls von den Revisoren geprüft und für richtig befunden und darauf Kollegen Kroll Decharge erteilt wurde. Betreffs Einkommens zur Sozialversicherung wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen, das hier noch vorhandene Geld zu einem Streikfonds anzulegen. Als Delegierter zur Sozialversicherung wurde Kollege Ritz gewählt, als 2. Schlichter Kollege H. Jäger, Mälzer Brauerei. Unter

Verschiedenes gab es unter mehreren Kollegen etwas Hebererei. Wir wollen annehmen, daß es sich hier um einen kleinen Streich handelt; denn unter solchen Umständen werden sich die hiesigen Kollegen doch nicht einbilden, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, deren sie hier in der schwarzen Wuppergegend besonders noch sehr bedürftig, zu schaffen. Wir machen deshalb aufmerksam, bei der nächsten Versammlung etwas vollständiger und pünktlicher zu erscheinen, denn nur durch ein einmütiges Zusammenarbeiten sowie -halten können wir unser Ziel erreichen.

Hof-Geleit. In der Kaiser Angelegenheit fand am Sonntag, den 11. November, wieder eine öffentliche Volks-Versammlung statt, in der Kollege Reiter über die Arbeiterbewegung und ihre Gegner referierte. Der Referent erklärte, es sei leicht zu begreifen, warum in Halle die Organisation wieder verschwunden sollte. Würde die Organisation da, um die Interessen der Unternehmern zu vertreten, so dürfte diese geistreiche Annonce wohl nicht erschienen sein, in der erklärt wurde, daß man sich verbietet, von unbetenen Personen irgendwelche Anregungen geben zu lassen. Es ist sehr leicht, die Unterschriften der Untergebenen zu einer solchen Erklärung zu erhalten, das haben schon Andere vor den Herren Geleit u. Sagen fertig gebracht; auf einen Kenner der Verhältnisse macht sie auch nicht den geringsten Eindruck. Wenn die Herren aber glauben, daß die Sache damit abgethan ist, so werden sie sich täuschen. Der Referent erklärte, daß, wenn die Unternehmern in einer derartigen Weise Vorgehen wollen, um die Arbeiter noch mehr ausbeuten zu können, so müsse an die Arbeiterkraft der Appell gehen, hier einzugreifen. Neben führte das Beispiel von Schwabach an, wo die Arbeiterschaft aus ähnlichen Ursachen die Rechte der Arbeiter mit glänzendem Erfolg gewahrt habe, so daß man in Zukunft uns jedenfalls nicht mehr in ähnlicher Weise entgegengetreten wird. Ähnlich dürfte es auch in Halle kommen. Einem Arbeiter zu erklären: entweder aus dem Verband auszutreten oder die Brauerei zu verlassen, ist nicht nur im höchsten Grade ungerecht, sondern auch den gesetzlichen Bestimmungen zuwider. Neben fordert die Gemeindeverwaltung auf, ihren Einfluß auszuüben, um ein Vorgehen unsererseits nicht notwendig zu machen; wenn es aber sein muß, dann wohl! Neben führt als Beispiel den Herrn Bürgermeister von Kulinbach an, welcher als Interessent den dortigen Arbeitern zum Schutz der Organisation seinen Einfluß nicht ver sagt hat. Die Versammlung war ohne Gegenmeinung der Ansicht: erst abwarten, ob es nicht besser wird, im anderen Falle wird abermals eine öffentliche Versammlung stattfinden, um endgültig Stellung zu nehmen. Mit welchen unlauteeren Mitteln die Herren hier kämpfen, beweist, daß man aus dem Umstande, daß Kollege Geleit, welcher in letzter Versammlung als Referent anwesend war und der seine Gesundheit im Dienste des Unternehmertums geopfert hat, aus Gesundheitsrücksichten sich ein Glas Wein anstatt Bier bestellte, Kapital zu schlagen sich bestrebt und ihn als hochbezahlten Agitator“ hinstellt. Auf solche Mäßen fallen nur noch ganz Dumme rein. In der Diskussion erklärte u. A. Kollege Dahinter, die Gesetze seien auch für die Unternehmern da, was ihm einen „Ordnungsruf“ seitens des Herrn Bürgermeisters, der als überwachender Beamter fungierte, eintrug, wofür derselbe einen Ordnungsruf vom Vorsitzenden und die Bezeichnung erhielt, daß das nicht seine Funktionen seien, was mit Bravo und Beifallsruf seitens der Versammlung begleitet wurde. Nur immer vorwärts, das war die Stimmung der Versammlung, die Arbeiterschaft steht hinter uns.

Kiel. (Sektion der Hilfsarbeiter.) Am Sonntag, den 11. November, fand eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: Aufnahme. Bericht vom Kartell. Quartalsabrechnung. Verschiedenes. Es wurden sechs neue Mitglieder aufgenommen. Dann wurde vom Kartelldelegierten das Organisationsstatut des Arbeitersekretariats bekannt gegeben. Die Quartalsabrechnung mußte bis zur nächsten Versammlung vertagt werden, da nicht alles Geld eingelaufen war. Im Verschiedenen wurde angeregt, die 30 Wfg. Sterbegelder weiter einzusammeln. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Köln. Sonntag, den 11. November, fand unsere gut besuchte Monatsversammlung statt. Aufnahme fand keine statt; mehrere Kollegen ließen sich umschreiben. Im Kartellbericht wurde mitgeteilt, daß in der Gewerkschafts-Heberge in Folge der hohen Nahrungsmittelpreise eine kleine Abänderung getroffen sei. Ferner wurde mitgeteilt, daß auch dieses Jahr dazu beigetragen werden solle, um den fremden organisierten Arbeitern ein frohes Weihnachtsfest zu bereiten, was auch bewilligt wurde. Im 4. Punkt wurde Kollege Berger als Delegierter in die Gaunferenz gewählt. Besondere Anträge wurden nicht gestellt. Aber der Delegierte wurde beauftragt, rege für die Agitation im Rheinland einzutreten, da es sehr notwendig sei, die Agitation noch stärker zu betreiben. Erfreulicher Weise sei die Gründung zwei neuer Zahlstellen zu verzeichnen. Diese sind: Hittorf und Coblenz. Unter „Verschiedenes“ wurde von den Kölner Kollegen beauftragt, selbst eine Zahlstelle zu gründen, wozu aber Abstand genommen wurde, da die Kollegen von jeder zur Zahlstelle Mühlheim gehörten, und gerade jetzt Zeit ist, die Mühlheimer Kollegen zu unterstützen, damit diese Zahlstelle in ihre alte Lage wieder gebracht wird; die Kollegen verpflichteten sich auch, hieran mitzuhelfen. Ferner wurde Kollege Suggenberger aus dem Verband ausgeschlossen, da derselbe eine Unterfugung bewerkstelligt hat. Suggenberger ist flüchtig und hinterläßt eine Frau mit drei kleinen Kindern. Alle Kollegen werden vor diesem gewarnt, denn derselbe hat ein gutes Mundstück, und so ist es ihm leicht, in anderen Gegenden die Kollegen auszunutzen und ein Jeder ist dann seines Geldes verlustig. Die Kollegen werden ersucht, wenn dieser Kollege irgendwo auftauchen sollte, sofort den Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle zu benachrichtigen. Auch wurde das Vorgehen des Braumeisters Döfken in der Brauerei Degra gerügt. Denn dieser Herr giebt sich die größte Mühe und geht in anderen Geschäften umher, um so die Kollegen aus der Arbeit zu bringen, was ihm aber bis jetzt noch nicht gelungen ist. Ferner haben sich in Mühlheim drei Bierbrauer „gefallen“ als große Gegner des Verbandes entpuppt. Es sind dies: Schleggen, Köhrig und Rinke, vor denen wir die Kollegen warnen. Durch den Kollegen Kante in der Brauerei Bardenheuer, Kall, wurden die Kollegen der Versammlung in ein härmliches Gelächter verleitet. Dieser Kollege behauptete, es würde genug verdient und ein Jeder könne damit gut auskommen, auch alles Andere sei in besserer Ordnung. (In diesem Gelächte wird es 25 Mk. Anfangslohn gezahlt und alles Andere läßt viel zu wünschen übrig.) Dielem mehr als zufriedenen“ Kollegen blieb nichts Anderes übrig, als das Lokal flüchtig zu verlassen. Der Mann ist sicher ganz nach dem Herzen der Unternehmern; was ihm seine öffentliche „Zufriedenheit“ wohl sonst noch — einbringen mag?

Leipzig. Am Sonntag, den 28. Oktober, tagte in Stadt Hannover eine von ca. 80 Bräuern besuchte öffentliche Versammlung, in der folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die Versammlung erklart in der vom Verbande der Brauereiarbeiter Leipzigs und Umgegend ausgesprochenen Kritik Ablehnung des von uns geprüften Arbeitsnachweises eine unbegründete Voreingenommenheit sowohl gegen die in verschiedenen Städten gut funktionierende Institution, als auch gegen unsere Organisation. Sie verurteilt auf das Entschiedenste die einseitige Parteinahme, die der Verband der Brauereiarbeiter in seinem Antwortschreiben seinen Schlichtern, den hiesigen Mitgliedern des Bundes deutscher Brauereigenossen, die nur aus selbstthätigen Gründen um Ablehnung des Arbeitsnachweises vorstellig wurden, angedeihen läßt, und verurteilt

mit aller Energie für die Errichtung eines Arbeitsnachweises einzutreten. — Die Versammlung beauftragte die Agitationskommission, den Verband der Brauereien nun eine in kürzester Zeit abzuhaltende gemeinschaftliche Sitzung anzugehen, in der die Möglichkeit eines Meinungsaustausches über das Für und Wider gegeben ist; eventuell auch die Hilfe des Gewerkschaftsartikels in Anspruch zu nehmen, um die Durchführung eines Arbeitsnachweises zu erreichen, um endlich einmal dem Stellenvermittlungswesen, das der Bund der Brauereigenossen betreibt, Gehalt zu thun. Kollege Reuschner führte aus: Am schwebelhaftesten wird dieser Pöbel vom Bundesvereinsvorsitzenden König (Bereinsbrauerei), sowie seinen Helfern aus der Riebeck'schen Brauerei, Berger, Schröder, Meier u. f. w., getrieben. Will man in Riebeck's Brauerei noch Arbeit erhalten, so heißt es, gehe zum König, laß dich in den Bund aufnehmen und bezahle 5 Mark an die Bundeskasse. (Sollte der Staatsanwalt sich nicht einmal um diese Erpressung und diesen Terrorismus kümmern?) Wie schwer es einem älteren Vurschen fällt, in Leipzig Arbeit zu erhalten, zeigt folgendes: In der hiesigen Brauerei-Herberge sind fast täglich mehrere Stellen zu vergeben, doch nur für ganz junge Brauburschen von 18—22 Jahren, ältere will man nicht mehr. Was sollen nun die anfangen, die jenes Alter überschritten haben? Weil sie alt geworden, giebt man sie einfach dem Hunger preis. Ist es da nicht die höchste Zeit, Vorschläge zu machen? Wir appellieren deshalb an die Leipziger organisierte Arbeiterschaft, unsere gerechte Forderung eines Arbeitsnachweises zu unterstützen, damit wir in kürzester Zeit in der Lage sind, auch den älteren, meist organisierten Brauereiarbeitern vermitteln zu können. — Einer sehr scharfen Kritik wurde das Stellenvermittlungssystem der Riebeck'schen Brauerei unterzogen. Ältere, mit sehr guten Zeugnissen versehene Brauburschen, die sich Wochen lang um Arbeit bemüht haben, werden mit leeren Versprechungen abgewiesen, nur weil sie älter geworden sind, und weil man glaubt, daß sie organisiert sind. Dafür läßt man aus aller Herren Länder junge, den anstrengenden Arbeiten kaum gewachsene Brauburschen nach Leipzig kommen. Unter „Verschiedenes“ kamen noch mehrere Mißstände aus der Riebeck'schen Brauerei zur Sprache, die einer Kommission zur Untersuchung übergeben wurden. Hauptächlich wurde über das schlechte Mutterbier (Gausstrum) geklagt, das die Brauburschen erhalten. Es wurde beschlossen, eine Probe davon an die städtische Gesundheitspolizei zu übersenden. Auch wurde die wohltätige Einrichtung der hiesigen Konsumvereine hervorgehoben und die Kollegen aufgefordert, ihnen beizutreten.

Mannheim. In einer am Montag, 12. Nov., in das Lokal der „Vollstimme“ einberufenen öffentlichen Versammlung sprach Kollege Bauer aus Hannover. Redner führte aus, wie der Unternehmer bei Gründung eines Betriebes über die Rentabilität, so habe auch der Arbeiter sich klar zu werden, ob seine Existenzbedingungen menschenwürdige sind. Die Entlohnung der Maschinenbedienten habe bisher gerade in dem Brauereigewerbe die größte Umwälzung verurteilt; für die handliche Verrichtungen brauche man immer mehr ungelernete Arbeiter. In den Fabrikfabriken bleibe z. B. als einzige handliche Verrichtung das Einsehen des Fassbodens. Auch hier würden die Kleinmeister vom Großkapitalisten verdrängt. Dabei habe heute der Brauereiarbeiter immer weniger Aussicht, sich eine bessere Existenz im Beruf zu verschaffen; für bessere Posten blieben sie für die auf den Brauereischulen ausgebildeten Söhne der Brauereidirektoren reserviert. In manchen Betrieben, so in Schlesien und Bayern, finde man nur Lehrlinge. Aus einigen Städten giebt Redner einige statistische Zahlen über eine wahrhaft schreckliche Bezahlung der Brauereiarbeiter. Dabei zählte das Brauereigewerbe zu den ungesundesten technischen Betrieben; die Arbeiten in den Kellern, der rasche Wechsel der Temperatur mache die Leute schon im kräftigsten Mannesalter krank und siech. Die Verhältnisse seien also mit anderen Gewerben durchaus nicht vergleichbar. Die Behandlung sei oft die unwürdigste. Die Akkordarbeit stehe besonders bei den Böttchern noch in voller Blüte, die Akkordlöhne seien die denkbar niedrigsten. Man habe zum Schutz der Brauereiarbeiter reichsgesetzliche Bestimmungen über die Beschäftigung der Brauereiarbeiter an Sonntagen eingeführt — heute hätten die Arbeiter trotz alledem noch keine Sonntagsruhe. Alle möglichen Verrichtungen würden an Sonntagen ausgeführt. Die Existenz des Brauereiarbeiters sei eine äußerst mangelhafte, oft sei er in seinem 30. Lebensjahre schon arbeitsunfähig. Habe man dann seine Kraft ausgebeutet, oder finde man eine billigere Arbeitskraft, dann habe die Stunde für ihn geschlagen. Für Arbeitsunfähige seien indes die Unterhaltungen der Alters- und Invaliditätsversicherung so gering, daß es nicht möglich sei, sein Leben damit zu fristen. Trotz des gleichen Wertes des Geldes der Arbeiter und der besser einwirkten würde beim Einkauf von Waaren dem Kunden mit zweierlei Maß gemessen, der Arbeiter sei im Nachteil. Redner geht nun des Näheren auf die Belastung der indirekten Steuern ein und beschließt sich ferner mit der Weltmarktpolitik, der 12 000 Mark-Waare, um dann auf das Gebiet der Organisation überzugehen. Redner legt jedem Brauereiarbeiter dringend ans Herz, sich die Vortheile, die der Verband in Bezug auf das gut ausgebaute Unterstützungswesen bietet, zu Nütze zu machen. Nur durch Anschluß an die Organisation sei es den Brauereiarbeitern möglich, ihre soziale Lage zu bessern. An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, in welcher im Besonderen auf die Verbesserungen durch die Organisation am hiesigen Orte hingewiesen wurde. Es sei hier noch manches verbesserungsbedürftig, was aber nur durch gemeinsamen Anschluß an die Organisation möglich sei. Ein großer Theil der 1898 geschlossenen Bünden sei wieder geheilt. Zum Berger der Unternehmer sei der Verband am Orte wieder im Aufstehen. Der gute Befehl der Versammlung berechtige zu der Hoffnung, daß die Mannheimer Brauereiarbeiter die Feuertaxe bestanden haben. Zur Schlußwort kam Kollege Bauer noch auf unsere eigentlichen Gegner zu sprechen. Nachdem er nochmals zum Anschluß an die Organisation aufgefordert, wurde eine Resolution im Sinne der Ausführungen angenommen. Einige Kollegen ließen sich neu aufnehmen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband wurde die durch keinen Mißton getrübe Versammlung geschlossen.

Mannheim. Am Freitag, den 9. November, tagte im Lokale Schwanenstraße 2 eine Versammlung, in der Kollege Schmitt-Berlin über die Notwendigkeit der Organisation sprach. In der Diskussion fand eine lebhafteste Erörterung über die Arbeitsverhältnisse am Orte statt. Es ist keine Seltenheit, daß von Morgens 4 Uhr bis Abends 9 Uhr, ja bis 10 und 11 Uhr gearbeitet wird. Eine Bezahlung für Überstunden giebt es nicht. Der Lohn beträgt ungefähr 2 Mark pro Tag. Auf diese Höhe konnte der Lohn erst gebracht werden, nachdem im Frühjahr eine Zehnfachung des Lohnes gegründet ist. Als am Ungünstigsten wurden die Arbeitsverhältnisse in der Aktienbrauerei geschildert. Als eine Freilich von den Arbeitern nicht verlangte Zulage zu dem geringen Lohn giebt es den „Koffersend“. Dem Verbande traten nach Schluß der Versammlung zehn neue Mitglieder bei.

Mannheim. Am Sonntag, den 3. November, tagte unsere Monats-Versammlung. Drei Kollegen ließen sich aufnehmen und drei neue aufnehmen. Dann kam der Bericht der Wahl zur Ortskommission zur Sprache. Bekanntlich hatten wir uns mit dem hiesigen Bundesverein in dieser Sache vertragen. Wir hatten dann auch eine Versammlung

in die von beiden Theilen je 6 Mann geladen waren. In dieser Versammlung wurde uns Bescheid gegeben, man werde uns über die weiteren Maßnahmen des Bundesvereins unterrichten, da man sich erst noch anderwärts befragen wolle. Wir erhielten jedoch keine Nachricht. Es war dann abermals eine Versammlung des Bundesvereins, wozu aber von unserer Seite Niemand Zutritt erhielt. Kollege Pronath war dort anwesend, da aber ein Mitglied des Bundesvereins dagegen war, daß er eingeladen werde, erklärten sich sämtliche Mitglieder dagegen, so daß also Niemand eingeladen wurde. In der betreffenden Versammlung stellten die Bundesmitglieder selbst zwei Kandidaten auf, obwohl es schon dazu zu spät war, denn hißts nicht, so schadet es nicht, äußerten sich verschiedene Mitglieder. Sie haben denn auch für sich allein gewählt, machte aber nichts, da die von Seiten der Organisirten aufgestellten Kandidaten mit starkem Drittel Mehrheit gewählt wurden, ohne daß wir die Bundesgesellen dabei hatten. — Ihre Versammlungen scheinen seit neuerer Zeit auch nicht mehr recht besucht zu werden, denn am 11. November fand wieder eine Versammlung mit Beitragshebung statt, und wurden als besseres Zugmittel die Herren Mitglieder vom Herrn Braumeister von Zing hier mit Essen und Trinken freigestellt. Da muß man denn doch wohl kommen! Ein ganz praktisches Mittel, um die Mitglieder zum Versammlungsbesuch anzuspornen! Wenn das nicht geht, zieht gar nichts mehr!

München. Am Donnerstag, den 8. November, fand unsere regelmäßige, sehr stark besuchte, Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Götzfried über: Die Novelle des Krankenversicherungs-Gesetzes. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Nach dem ausführlichen Referat über das Krankenversicherungs-Gesetz schilderte Kollege Seebauer den Mißstand der Betriebskassen in kurzen Worten. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende die Einladung zu dem am Sonnabend, den 10. November, stattfindenden Stiftungsfest des Bildungsvereins „Ungarnheim“ bekannt. Ferner wurde der Antrag gestellt, den Kollegen Bräu der Kogelbrauerei wegen Demission aus dem Verbands auszuscheiden. Hierzu wurde eine Kommission gewählt, welche die Sache genau untersuchen soll. Betreffs der Zockerbrauerei gab der Vorsitzende bekannt, daß trotz aller Machinationen seitens des dortigen Braumeisters Bauer, sowie seines Helfers, Gähfährers Ludwig, es diesen nicht gelungen ist, die Organisation in dieser Brauerei zu zerstören. Obwohl von Seiten des dortigen Herrn Direktors Jodlbauer so ziemlich den Arbeitern ihre Rechte zuerkannt wurden, spielte sich dennoch erst kürzlich wieder ein sehr arbeiterfeindliches Stückchen ab. Ein Kollege mußte zur Kontrollversammlung gehen, er fragte hierzu den Braumeister. Die Antwort war ganz barsch: Dir muß ich es abziehen, ein Anderer, der einen Tag fortbleibt, dem wird nichts abgezogen, aber Dir wird eine Stunde abgezogen. Ferner sagte er: Was hast Du jetzt davon, wenn ich Dich heute davon hau, so garantire ich Dir, daß Du in München keine Arbeit mehr bekommst, überhaupte nirgends mehr, dafür ist gesorgt. (1) Genannter Kollege erklärte ihm, es wäre doch nicht schön, einen armen Arbeiter brotlos zu machen; die Antwort war: Daß ist mir gleich, Arbeit muß Du keine mehr bekommen. So steht die Arbeiterfeindlichkeit dieses bekannten Braumeisters Bauer aus. Wegen der Entlassung des Kollegen Stahl, Oberbrauerei, wird nochmals eine Kommission hinbeordert. Auch wurde ein Antrag gestellt um Anstellung eines besoldeten Beamten. Kollege Seebauer begründete diesen Antrag in sehr eingehender Weise, wie notwendig es ist, einen Beamten anzustellen, was auch in der Diskussion befürwortet wurde. Unter „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende die gegenwärtige Stellung vom Ortsverband der Brauereibesitzer bekannt, wie sie sich zu unserer Lohnforderung halten. Zum Schluß richtete der Vorsitzende einen Appell an die Versammlung, es möchten die Mitglieder nach wie vor fest und einig zusammenhalten, dann werde es uns ein Leichtes sein, in München auch etwas zu erringen.

Nürnberg. Versammlung vom 14. November. Aufnahmen waren 12 zu verzeichnen. Betreffs der bei Humbler gemahregelten Kollegen wurde beschlossen, gemeinsam mit den hiesigen Kollegen Bachmeier so lange zu unterstützen, bis er wieder Arbeit hat. Leitner theilte mit, daß die Bewegung gegen den Braumeister der Humblerbrauerei erst jetzt ihren Anfang nehme. Die gleiche Taktik, welche Herr Sommer einzuschlagen versteht, wird für uns nicht schwer sein nachzuahmen, denn die Arbeiterschaft ist in keinem Fall so leicht zu haben, als zum Kampf gegen verstockte Gegner, wie Herr Sommer einer ist. Dieses Mal muß gründlich gearbeitet werden, verdient hat es dieser Herr schon lange, unser Material ist sehr wirkungsvoll. Für die beiden großen Organisationen wie Nürnberg-Zürich, insbesondere für die Arbeiterschaft wäre es geradezu ein Armutsgewinn, wenn man sich solche Angriffe gefallen lassen müßte. Die Hauptsache ist, daß das, was vorgekommen und von Herrn Sommer getrieben wurde, ewig wahr bleibt und unser Register groß genug zum Eintragen ist. Wenn auch nicht direkt, so werden wir indirekt so lange antworten, bis man es gehört und gefühlt hat, und unseren Mitgliedern ihr Recht der freien Uebersetzung unangestastet läßt. — Dem Vereinsdirektor wurden in Anbetracht der zunehmenden Arbeiten 2 Mk. pro Monat zugelegt. Als Vertrauensleute wurden für Brauerei Dummet Hofmann und für Aktienbrauerei Spath gewählt.

Reimscheid. In der vorletzten Versammlung ließen sich 5 Kollegen aufnehmen. Die Abrechnung vom Streit wurde für richtig befunden und dem Kassirer Decharge erteilt. Zum Kartellbericht wurden vom Kollegen Wehner Sammellisten zur Erbauung eines Gewerkschaftshauses ausgestellt. Als 2. Schriftführer wurde Kollege Kold und als 3. Revisor Kollege Biermann gewählt.

Die Versammlung vom 3. November war gut besucht. Die Quartalsabrechnung vom 3. Quartal wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassirer Decharge erteilt. Zum Kartellbericht gab Kollege Wehner bekannt, daß wieder drei neue Organisationen gegründet wurden. Als Delegierter zur Gau-Konferenz wurde Kollege Sonntag gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde berichtet, daß der Braumeister von Kupper den Kollegen gesagt hätte, sie sollten die Verhandlungen fallen lassen, und nur für die Bergratheten das Auswärtswohnen genehmigt wäre, die Werten würden nicht umsonst da. Ein Antrag, dieses in der nächsten Kartellversammlung vorzubringen und weitere Beschlüsse darüber zu veranlassen, wurde einstimmig angenommen.

Rosenheim-Ebersberg. Eine empfehlenswerthe Brauerei ist auch hier die Feilerthlich Gumpenbergsche, wo Braumeister Dirchner seinen Marktschloß schwingt. Die Arbeitszeit beginnt früh 4 Uhr im Keller und endet Abends nach 8 Uhr, in der Maßgerei früh 2 1/2 Uhr und endet Abends 8 oder 9 Uhr. Lohn 70—75 Mk. ohne Kost. Kost ist teuer, da die Frau des Oberwärtlers die Küche führt und sehr zu ihrem Vortheil. Werten sind in miserablen Zustande und wer Sonntags ausgehen will, muß beim Herrn Dirchner die Erlaubnis holen. Verhandlungsleiter will er in seinem Geschäft nicht und entließ er erst kürzlich zwei, weil er dachte, sie gehörten der Organisation an. Deswegen bleibt die Zeit doch nicht mehr fern, wo auch in diese Betriebe die Organisation einbringt, wenn die Kollegen einmal deren Werth erkannt haben, denn in so einem Betriebe könnte man die Leute doch besser bezahlen und ihnen auch eine angemessene Arbeitszeit anerkennen lassen.

Aus Rulbach wird uns von der Direktion der Nigglbrauerei mit Bezug auf die sie betreffenden Bemerkungen zur Versammlungsbericht in voriger Nummer der „Brauereizitung“ geschrieben, daß der Berichtsstatter mit der Berechnung über die auf den Einzelnen entfallende Summe bei dem Betrinken der 5 Mk. an Sonntagen sich insofern irrt, als nicht immer 39 Personen jedes Mal daran theilhaftig sind, sondern, da eine Anzahl der Brauer und Rätiner anwärts wohnen, wohl selten mehr als 12 Mann, öfter auch nur 5 bis 6 daran theilhaftig waren. Auch habe sie diese Einrichtung nicht aus irgend welchen Nebenabsichten geschaffen, sondern zu einer Zeit, als sie mehrere Wirtschaften besaß, in welchen die Arbeiter gerne verkehrten, eingeführt, daß eine unbestimmte Anzahl von Arbeitern turnusweise die Wirtschaft weiter besuchen sollten, wofür denselben jeden Sonntag 5 Mk. ausgehändigt wurden, ohne Kontrolle über deren Verwendung. Es könne wohl einige Male vorgekommen sein, daß eine größere Anzahl von Arbeitern in die Wirtschaft kamen und die Quote der Vergütung geringer ausfiel, sowie auch, daß verspätete Ankömmlinge nichts erhielten oder daß der eine oder andere unabsichtlich übersehen wurde, doch könne die Berechnung zu 39 Arbeitern, wie in dem Bericht gesehen, nicht aufgestellt werden. Ueber die in dem Versammlungsbericht geübte Kritik der Mißthätigkeit seitens der Betriebsleitung wird von der Direktion, lediglich um die bestehenden Thatfachen zu konstatieren und ohne sich besondere Verdienste deswegen anzurechnen, mitgeteilt, daß seitens der Betriebsleitung für die Arbeiter geleistet wird: die vollen Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung, in Krankheits- sowie bei leichten Unfällen der volle Lohn unter Abrechnung von 1 Mk. pro Tag für die Beurlaubten und 50 Pfg. für die Lebigen und unter Berücksichtigung der drei ersten Tage, für welche die Krankenkasse keine Unterstützung ausbezahlt; ferner können die Kranken Arbeiter die Krankenhauseinträge von 85 Pfg. pro Tag selbst erheben; auch sind die Arbeiter für Rechnung der Brauerei bei privaten Unfall-Versicherungsgesellschaften versichert; bei Sterbefall eines Kindes eines Arbeiters erhält derselbe 10 Mk., bei Sterbefall der Frau 30—40 Mk., bei Sterbefall des Arbeiters erhält die Wittve ungefähr 50 Mk. und sonstige Unterstützung im Laufe des Jahres; zur Hochzeit werden 60 Liter, bei Kaufe eines Kindes 15 bis 16 Liter Bier gratis gegeben; zu Weihnachten wurden im Jahre 1898 an 90 Arbeiter und 4 Wittven 6485 Mk. vertheilt; den Wittnern ist der Verkauf der alten Korke überlassen, den Bierleibern die Abfälle, als Glattwasser und Hopfenabfälle, den Arbeitern im Geschäft der Verkauf von Hefe. Auch wird Sonntags fast nichts gearbeitet, höchstens 1 Mann im Maschinenhaus, ein Heizer und 1 bis 2 Mann zeitweise im Keller. — Wir wollen weder über die Zweckmäßigkeit der Einführung der sogenannten Gesellschaftstage rechten, nur soviel sei gesagt, daß es den Arbeitern jedenfalls lieber und für sie auch zweckdienlicher wäre, wenn ihnen anstatt dessen etwas Bestimmtes zur freien Verfügung im baarem Gelde gegeben würde, noch wollen wir eine Berechnung über die Höhe und eine Schätzung des Wertes der verschiedenen Vergünstigungen aufstellen, da die Direktion der Nigglbrauerei in ihrer Zeitschrift den Standpunkt der Arbeiter: „Arbeitsleistung gegen Lohnzahlung“ als ihr bekannt und zumistimmend anführt; wir konstatieren mit Genugthuung, daß die Direktion damit einverstanden ist, den Arbeitern, wenn es ihnen lieber ist, die durch die Nebenbesitz auf die Arbeiter entfallenden Gelder dem Lohn zuzuschlagen und daß sie auch dahin streben will, daß ab 1. Januar 1901 diese Nebenbesitz wegfallen und die Lohnsätze dadurch Erhöhung finden. Wenn dann die Direktion der Nigglbrauerei nicht nur an Stelle der entzogenen Vergünstigungen eine dementsprechende Lohnzulage gewährt, sondern auch die Lohn außerhalb dem — was wir wohl nach unserem Urtheil annehmen dürfen und die Direktion gewiß auch als gerechtfertigt anerkennen wird — entsprechend erhöhen wird, sowie auch andere eventl. noch notwendige Verbesserungen schafft, dann werden wir und auch die Arbeiter der Nigglbrauerei an Thatsachen erkennen, daß die Direktion bestrebt ist, den Arbeitern entgegenzukommen und ihre gewiß verbesserungsbedürftige Lage zu verbessern; der Schaden der Nigglbrauerei wird es jedenfalls nicht sein.

Bewegungen im Berufe.

† In Koblenz, wo vor kurzem erst eine Zahlstelle gegründet wurde, haben die Kollegen der Brauerei Königsbach bald darauf Forderungen an die Betriebsleitung eingereicht, und zwar auf 85 Mk. Anfangslohn, nach einem Vierteljahre 90 Mk. (früher Tagelohn von 3 Mk., 3,25 Mk., 3,50 Mk. und 3,75 Mk., wobei sämtliche Feiertage abgezogen wurden), ferner zehnstündige Arbeitszeit von 6—7 Uhr (früher von 5 Uhr). Hier wurde nur der eine und größte Fehler begangen, daß man nicht, wie es das Statut vorschreibt, den Hauptvorstand erst davon in Kenntniß setzte und seinen Rath und Anweisungen abwartete. Die Forderungen wurden zwar bewilligt, doch nicht ohne daß es vorher zu erster Differenzen kam. Wie gewöhnlich, sind Betriebsleiter ganz aus dem Säuschen, wenn zum ersten Mal Forderungen an sie gestellt werden, da sie von dem Recht der Arbeitnehmer, nach besseren Verhältnissen zu streben, keineswegs überzeugt sind. Dem Rechnung zu tragen, hatten die Kollegen hier vergessen, und doch muß auch ein Arbeitgeber von seiner irdigen Ansicht befreit werden, sonst führt es gewöhnlich zur Explosion, die bei geschickter Anwendung vermieden werden könnte, hauptsächlich wenn noch, wie es hier in der Person des Braumeisters zu sein scheint, Personen vorhanden sind, die der Organisation nicht wohl wollen und denen ein unglücklicher Ausgang aus irgend welchen Gründen gar nicht unliebsam ist. Der Tag der Einreichung der Forderungen war auch zugleich der Tag der Einweihung verschiedener neugebauter Räume. Als Strafe für den „Ergünder“, den man jedenfalls für den Uebelthäter der Forderungen hielt, war dieser in die Liste nicht eingetragener Arbeiter der Braumeister den 11 Kollegen, welche die Forderungen unterzeichnet hatten, daß für das Mittelgeld in der neuen Regelbühnen verboten haben. Wir gestehen, daß wir beides für Maßnahmen ansehen, die nach unserer Ansicht lokale Leute unterlassen würden, um nicht Erbitterung ohne jede Ursache um jeden Preis zu schaffen. Doch freilich, wenn der Herr Direktor eine Lohnforderung an sich eine „Freiheit“ nennt, dann können wir Alles begreifen. Am Sonntag wollte man dann mit den Kollegen einzeln die Lohnforderung beraten, doch lehnten diese dieses ab. Eine nochmals verfaßte Einigung scheiterte an dem Damentreten des Braumeisters, und am Montag früh wurden zwei Kollegen entlassen, worauf die anderen noch vorheriger Anfrage über den Grund der Entlassung — worauf ihnen geantwortet wurde, daß ginge sie nichts an — und nach einer nochmals vergeblich versuchten Einigung die Arbeit niederlegten. Sowie es gemeldet wurde, erhielten die zwei entlassenen Kollegen je 50 Mk. Entschädigung, ein Zeichen, daß man es sich gerne etwas kosten ließ, um die aufeinander „Gesetzlichen“ los zu werden, da man in diesem auch zugleich die Organisation mit treffen wollte. Wir brauchen wohl nicht erst zu sagen, was wir darüber denken, zur Ehre gereicht dieses der Betriebsleitung wohl kaum und ob es ihr im Wiederholungsfall zu Nutzen gereichen wird, da ihr Bier auch zu einem sehr großen Theil von Arbeitern verkonsumiert wird, wogegen wir auch zu bezweifeln. Kollege Frank-Alberfeld, der sich in dieser Sache hindernühte, konnte auch nichts Wesentliches erreichen, als die Befähigung der bewilligten Forderungen und daß der Herr Direktor etwas mit dem Wesen der Organisation vertraut gemacht wurde und auch erklärte, diese anzuerkennen, wenn sie den Beweis liefere, daß sie

nicht nur „Geheeren und Wählerlein“ bezwecke. Das kommt ganz auf die subjektive Auffassung des Einzelnen an, wie weit er der Organisation das Recht zuteilt, für Verbesserung der Lage der Mitglieder einzutreten, was er Alles unter Geheeren und Wählerlein versteht. Der Herr Direktor der Brauerei scheint der Organisation das Recht, wie es so viele andere Arbeitgeber im Braugewerbe thun, nicht anzuerkennen, deshalb liegt die Vermutung nahe, daß er jede Forderung auf irgend eine Verbesserung als Geheerei und Wählerlein bezeichnen wird, und die nur wenigen Reuten verständliche Behandlung der vermutheten Urheber der Geheerei und Wählerlein, die Entlassung derselben, ist ja ein Beweis dafür, wie auch im Bekreten, daß durch solche Handlungsweise erst die Erbitterung hervorgerufen, also die Ursache der Geheerei und Wählerlein geschaffen wird, da ein jeder Kollege solche Maßnahmen auf eingereichte Forderungen als schreiendes Unrecht empfinden und bezeichnen wird. Und da die Arbeiter ihre Rechte kennen und sich nicht gerne nehmen lassen, so liegt es nahe, daß von anderer Seite die Ursache der Erbitterung zu schaffen vermieden wird, dann werden auch die logischen Folgen unterbleiben, da dem Arbeiter wirklich nichts an Geheerei und Wählerlein, sondern lediglich an der Verbesserung ihrer Verhältnisse gelegen ist. Doch da scheint der Herr Direktor zu liegen, daß man eine Verbesserung, wenn auch, so doch wenigstens nicht ungenügend angestrebt werden will. Das ist ein Kurzsichtigkeit, die sich manchmal bitter gerächt hat. Das wird uns so Manches klar, wenn wir den weiteren Verlauf der Dinge betrachten. Gleich darauf fand eine Verdringung eines früheren Mitglieds der Brauerei statt, an welchem Tage der Betrieb eingestellt wurde und Jung und Alt, Groß und Klein sich daran beteiligten. Das diente vielleicht zur Reklame, um den jedweden hervorgerufenen ungenügenden Eindruck zu verwischen, den die ohne Ursache betraufelten Differenzen und das ausgedehnte Unrecht erzeugt hatten; aber noch einen anderen Grund hatte diese Maßnahme. Wie uns von einem der Entlassenen mitgeteilt wurde, der Gelegenheit hatte, sich die Sache anzuhören, hielt der Herr Direktor bei dem dann folgenden „Reichentwurf“ vor seinem versammelten Arbeiterpublikum eine schwingvolle Rede über die organisierten Kollegen, in der er meinte, daß nur noch ein sozial Befund da sei, der müsse aber unbedingt eine andere Bestimmung bekommen. Darauf verlas er die Statuten des „Bundes“ und betonte, daß dieser ein großer Segner des Verbandes sei. Der Herr Stallmeister sekundirte ihm, zog ebenfalls über die Organisierten los, ermahnte Alle, ihre Pflicht und Schuldigkeit zu thun und Hand in Hand mit dem Prinzipal das Geschäft zu noch größerer Blüthe zu bringen; genau so, als wenn der Stallmeister ein Agitator des Bundes wäre. Wir wollen darüber nicht urtheilen, wie weit sich das schickt, bei solchen Gelegenheiten in Verhöhnung der Arbeiter unter einander zu machen, nur hat der Herr Direktor seine wenig „soziale“ Gesinnung dabei verrathen, daß er Alles haßt, was die männliche Ehre und an sich hat, für sein heiligstes Recht einzustehen und seine Pflicht gegen sich und seine Mitarbeiter zu erfüllen: für Verbesserung der Verhältnisse zu wirken. Wir glauben allerdings, daß dem Herrn Direktor solche Leute lieber sind, welche diese männliche Ehre nicht besitzen, die also gar kein Hinderniß für den steigenden Profit — die „Seele“ des Geschäfts — sind, auch wenn sie dabei aus Keuschen gegen sich selbst, gegen ihre Kollegen und gegen die Menschheit sündigen. Wenn wir aber nun entgegen den Ansichten des Herrn Stallmeisters, die auch die des Herrn Direktors sein werden, den Grundlag aufstellen: eine Betriebsleitung erfüllt nur dann ihre Pflicht und Schuldigkeit, wenn sie Hand in Hand mit den Arbeitern deren Arbeits- und Lohnverhältnisse zu höchster Blüthe bringt, da doch die Arbeiter dem Betrieb durch die Gewinnerzeugung ermöglichen, dieses im möglichen Maße zu thun. Der Grundlag wäre weit gerechtfertigt, da der Arbeiter, wenn seine Arbeitskraft verbraucht ist, nichts mehr verdienen kann und hungern muß, er also das größte Interesse daran hat, seine Arbeitskraft so theuer als möglich bezahlt zu erhalten und sich dieselbe überhaupt so lange als möglich durch geordnete Arbeitsverhältnisse zu erhalten, dagegen die Betriebsleitung durch kostenlose Erneuerung der Arbeitskräfte sich ihren Gewinn fortlaufend ohne Unterbrechung erarbeiten lassen kann. Zum Mindesten ist es aber zu verlangen, daß mit der zunehmenden Blüthe des Betriebes sich auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bessern, wenigstens so weit als notwendig ist und der Billigkeit entspricht, und das ist in der Brauerei Königsbach jetzt noch nicht der Fall. Die Ermahnung des Sprachrohres des Herrn Direktors, die Pflicht und Schuldigkeit zu thun, verrät eine besonders große Unkenntnis von den tatsächlichen Verhältnissen oder ist, wenn nicht eine landläufige Phrase, eine große Feindschaft, denn bis jetzt ist es noch anerkannt, daß organisierte Arbeiter im Durchschnitte besser ihre Pflicht und Schuldigkeit thun als unorganisierte, weil sie das im Voraus haben, daß sie schon in der Organisation ihre Pflicht zu erfüllen lernen und sie auch zum Grund ihrer Zugehörigkeit zur Organisation ihre Pflicht im Betriebe nicht vernachlässigen dürfen, weil dieses gewöhnlich sehr scharf gesehen und „gerne“ gestraft wird. Und wir wissen nicht, welcher Grund vorliegt, daß die Kollegen der Brauerei Königsbach mit dem Eintritt in die Organisation nicht auf einmal ihre Pflicht vernachlässigen sollten, aber oft ist es so, daß derjenige, der unter so „besonderen“ Umständen den Andern zur Pflicht ermahnt, sie selbst nicht erfüllt.

Direktor und Stallmeister haben denn auch mit ihren Reden nicht den gelohnten Erfolg erzielt, da doch zu viel gesunde Verarmung vorhanden war, und werden sie es sich wohl versagen müssen, einen „Bundesverein“ zu gründen, oder ist vielleicht ein bishiger Terrorismus — das beliebte Unterfallmittel zur Förderung des Bundes — gefällig? Nur der Vollständigkeit wegen sei noch bemerkt, daß auch die Polizei zur Niederhaltung der Organisation ihre Schuldigkeit thut durch Versammlungskolossal-Verbreiten. Der Bekreter, die sich für Vergabe ihres Vokales verband, wurde gedroht, daß sie Militärverbot erhalten würde. Das hat sie melder nicht betrübt, da bei ihr kein Militär verkehrte, was sie auch zur Antwort gab. Jetzt ist es doch gelungen, und erhebt der Vorsitzende von dem Schwiegerohn ein Schreiben, daß in ihrem Vokal Versammlungen nicht mehr abgehalten werden dürfen; als Gäste wären die Kollegen stets willkommen. Die Polizei sammt dem Herrn Direktor und noch Andere irren sich sehr, wenn sie nun die „Gefahr“ der Organisation für beseitigt halten; es ist noch ein Versammlungskolossal da und die Organisation ist wieder so stark wie zuvor und hoffentlich dauernd nicht lange, bis auch der letzte Kollege in Stobenz der Organisation angehört, haben die Kollegen doch gesehen, daß sie nur durch diese ihre Lage verbessern können. † M. Glabbach. Der gegen die Bierbrauerei Hensen hier selbst verhängte Boykott wurde in der letzten Gewerkschafts-Versammlung am 10. November aufgehoben. Für die dort beschäftigten Arbeiter ist das Auswärtswohnen bei entsprechender Lohnentschädigung, was die eigentliche Veranlassung der derzeitigen Differenzen war, eingeführt. Daß der Ausgang des Kampfes nicht ein günstigerer war, lag an der lazen Haltung der christlichen Verbände, trotzdem sie den Streik und Boykott gutheißten, sowie an einer Nothiz (Bericht der ersten Versammlung) der katholischen „Glabbacher Volkszeitung“, worin künstlich die ganze Sache als eine „sozialdemokratische Mache“ hingestellt wurde. Nichtsdestoweniger wird Herr Hensen die Lehre daraus gezogen haben, daß er es wegen solcher Lappalie nicht mehr zum Kampfe kommen läßt. Das entschiedene und einheitliche Vorgehen der Streikenden wurde von allen urtheilsfähigen Reuten lobend anerkannt.

Diese Arbeitsnachweise seien zu einem Kampfmittel geworden, und in diesem Kampf seien nach seiner Überzeugung die Arbeiter die Stärkeren. Man dürfe es daher nicht zu einem Antrag des Kampfes kommen lassen. Die tatsächliche Arbeitsgeber den Arbeitsnachweis ausnützen wollen und werden, das hat sich auf der bekannten Versammlung vor 2 Jahren in Leipzig gezeigt. Dort hat man mit verblüffender Offenheit erklärt, daß man mittelst des Arbeitsnachweises eine Kontrolle über die Arbeiter schaffen will, nicht eine Kontrolle über die gewerbliche Qualität der Arbeiter, sondern darüber, wer höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit verlangt, für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eintritt. Was diese Arbeitsgeber für sich als ein unaußerliches Recht in Anspruch nehmen: ihre soziale Lage zu verbessern, das wollen sie durch ihre Arbeitsnachweise den Arbeitern unmöglich machen. Das geht aus den Mitteln hervor, die sie in Verbindung mit dem Arbeitsnachweis gegen die Arbeiter anwenden wollen, besonders die schwarzen Listen und die Aussperrung. Wenn solche Maßnahmen allgemein eingeführt würden, so wäre die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, ja ihre Freiheit überhaupt untergraben: sie würden zu Hirtgen herabgedrückt. Nachdem man die Arbeiter solchermaßen brotlos gemacht hat, überläßt man sie der Fürsorge des Staats und der Gemeinde. Der Geist, der auf der Leipziger Versammlung herrschte, läßt sich am besten daran erkennen, daß der Generalsekretär des Verbandes deutscher Industriellen, des Verbandes, der die größte Zahl industrieller Betriebe umfaßt, ohne jeden Widerspruch erklären konnte: die wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung der Arbeiter sei eine Utopie. Und der Vorsitzende dieser Versammlung verkündete, daß die Stellungnahme gegenüber den Arbeitern nichts Anderes sei, als ein Kampf gegen die Sozialdemokratie. Als ob die nichtsozialdemokratischen Arbeiter nicht ebenfalls gleichberechtigte Bürger im Staat sein wollen! Um so erfreulicher gegenüber diesen Bestrebungen ist das Bestreben zur Schaffung gemeinnütziger, unparteiischer Arbeitsnachweise. Herr Köstke betonte ausdrücklich, daß ihm daran lag, als Arbeitgeber auf der gegenwärtigen Verbandsversammlung jenen Geist zu kennzeichnen.

Rundschau.

Das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“ erscheint vom 1. Januar 1901 ab in etwas vergrößertem Format gratis.

Bischöfe und katholische Gewerkschaften. Auch die schweizerischen Bischöfe haben sich gegen die in den katholischen Arbeitervereinen auftretenden Neutralitätsbestrebungen ausgesprochen. Das materielle Interesse hat aber auch bei den katholischen Arbeitern der Schweiz über die religiösen Sympathien gesiegt. Der Verband der katholischen Männer- und Arbeitervereine der Schweiz beschloß in einer am Sonntag in der Schweiz abgehaltenen Versammlung, an dem durch den schweizerischen Arbeiterbund getragenen Neutralitäts-Beschluß festzuhalten.

Das Kölner Arbeitersekretariat wird am 1. Januar 1901 eröffnet. Zum Sekretär wurde Herr Adolf Hofrichter, bisher Redakteur der „Rheinischen Ztg.“ gewählt.

Der Württicher Heinrich Ziper, Hamburg, ein alter Kämpfer und Gründer der Württicherorganisation, ist im Alter von 59 Jahren gestorben.

Kein Abzug vom Lohn! § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches hat in verschiedener Hinsicht ein neues Rechtsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter geschaffen, indem er bestimmt, daß Forderungen, welche der Pfändung nicht unterworfen sind, auch nicht aufgerechnet werden dürfen. Ausgenommen hiervon sind nur die Beiträge für Kranken-, Hilfs- und Sterbefällen. Da nun § 115 der Reichsgewerbeordnung der Arbeitslohn nicht gepfändet werden kann, ist der Arbeitgeber auch nicht mehr berechtigt, sich für einen ihm durch den Arbeiter zugefügten Schaden an dem Arbeitslohn schadlos zu halten. Ebenso kann ein dem Arbeiter gezahlter Voranschlag oder die Retenzzahlung einer von dem Letzteren ausbedungenen Kautions nicht am Arbeitslohn gefürzt werden, selbst nicht im Einverständnis mit dem betreffenden Arbeiter, denn dieser würde unter Umständen später thatsächlich behaupten können, es sei ihm nicht der volle Arbeitslohn ausbezahlt worden, und beim gerichtlichen Antrag des Streikes würde der Arbeitgeber zur Nachzahlung des zurückbehaltenen Betrages verpflichtet werden müssen. In allen genannten Fällen ist dem Arbeiter zunächst der Arbeitslohn voll auszuzahlen, erst wenn er ihn wirklich in Besitz genommen, ist eine Schadenersatz- oder Kautionsleistung oder eine Rückzahlung erhaltener Voranschläge statthaft, im Uebrigen steht dem Arbeitgeber für seine Gegenforderungen lediglich ein zivilrechtlicher Anspruch zu, der beim ordentlichen Gericht geltend gemacht werden muß.

Auf der Verbands-Versammlung deutscher Arbeitsnachweise in Köln sprach sich der Reichstagsabgeordnete Generaldirektor Köstke scharf gegen die Arbeitsnachweise der Untereinemerverbände aus. Er führte unter Anderem an: Die von den Arbeitgebern oder Arbeitnehmern selber errichteten Arbeitsnachweise seien wohl die bedenklichsten Art der Arbeitsvermittlung; denn in den meisten Fällen würden damit andere Zwecke als der Arbeitsnachweis verfolgt.

Supervate werden ohne vorherige Bezahlung nicht mehr angenommen.

Anton Schlegel
in seiner Heimath Wingen, Hohenzollern.
Rage ihm die Erde leicht sein!
Schlagert, „Gutwin“,
sowie sämmtl. Kollegen der **Brandt, Friedrich, Stuttgart.**

Braunbierbrauerei
mit Biergroßhandlung
nachweislich sehr rentables Geschäft in vortheilhafter Stadt. Halber bei 11000 Mk. Anzahlung (Inventarwerth) zu verkaufen. 5-6000 Mk. kann Käufer von Großbrauereien haben. Geht. Off. von Selbstverf. mit T. B. an die Exped. d. Bl. abgeben.

Hannover.
Des Kollegen der Städtischen Lagerarbeiter-Bund sei jagt wir für die zahlreichsten Gläubiger, sowie für die werthvollsten Gläubiger unserer Hochzeiter den herzlichsten Dank.
G. Zintl u. Frau.

Unsern werthen Herrn Vorstand, Kollegen **Edmund Hassfurter**, und seiner lieben Frau, **Fräulein Kathi Hohenester**, zu der am kommenden Montag stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Sämmtl. Verbandskollegen der Jahrestelle Jugoldstadt, um die sich Kollege **Hassfurter** sehr verdient gemacht hat.

Wilh. Hörcher, Uhrmacher, Stuttgart, Lühingerstr. 50.
Zu dem bevorstehenden Weihnachtsfest erlaube mir dem verehrlichen Brauereipersonal mein

reichhaltiges Lager aller Sorten Uhren und Goldwaaren in empfehlende Erinnerung zu bringen. Solide Waaren zu den besten billigen Preisen werden unter Garantie zugesichert.
Berlin.
Empfehle allen Kollegen mein neu eingerichtetes **Restaurant mit Zentral-Herberge** **Heine Friedrichstrasse 20** (Ecke Königstr., i. d. Nähe d. Bahnhofs Alexanderplatz).
Fritz Preuss.

20
25 Pf.
Liefert sauber und preiswerth **Konrad Müller, Eckenditz-Leipzig.**

Den werthen Kollegen der **Kieler Schloß- und Aktien-Brauerei** unsern besten Dank für die Aufmerksamkeit bei unserer Vermählung.
Xaver Bail u. Frau, Kiel.

Wer hat Lust,
sein Unternehmen in eine **Aktien-Gesellschaft** umzuwandeln? — Nur ältere, solide, gutgehende Unternehmen können

zur Gründung
berücksichtigt werden. Ein erfahrenes Konfitorium angelegener Herren, das auf diesem Gebiete vielfach erfolgreich thätig war, verspricht **koulaute Bedingungen** und alleits befriedigenden Erfolg. Man wende sich vertrauensvoll unter Chiffre D. B. 729 an **Rudolf Mosse, Dresden.**

Ich bin willens, meine **Brauerei** mit Gastwirthschaft, volle Konzession, mit totem und lebendem Inventar, Todesfallens wegen zu verkaufen.
Anna Hoffmann, vermittelte Brauereibesitzer, **Schönau (Rathbad).**

Berlin.
Allen Verbandskollegen zur Kenntniß, daß ich **Yorkstr. 66** ein **Spezial-Geschäft für Brauereiarbeiter-Artikel aller Gruppen** eröffnet habe und empfehle in vorzüglicher Qualität: extra starke Engl. Leber-Pöseln, wolkene Westen, Blusen, bunte und Ertrio-Gewänder, Unterhosen, Socken, Hosenträger, Hals- und Taschentücher, sämmtl. Herren-Beigewäsche. Versand auch nach außerhalb.
Man verlange Preisliste.
W. Jörn (in Firma M. Görre).